



10/2011

1. Europäischen Rettungsschirm ertüchtigen

Mit der ersten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus bringen wir die Ertüchtigung der Europäischen Finanzmarktstabilisierungsfazilität (EFSF) auf den Weg. Mit der EFSF war im Mai 2010 ein temporärer Rettungsschirm aufgespannt worden, der im Jahr 2013 durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden soll. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass die Schlagkraft der EFSF in bestimmten Punkten gestärkt werden muss. Um etwa die zugesagten Mittel in Höhe von 440 Mrd. € auch tatsächlich ausleihen zu können, wird der Garantierahmen auf 780 Mrd. € erhöht. Der deutsche Gewährleistungsanteil steigt von 123 auf 211 Mrd. €. Außerdem werden weitere Instrumente geschaffen, um vor allem mögliche Ansteckungseffekte frühzeitig unterbinden zu können: Neben Kredite treten als Möglichkeit vorsorgliche Kreditlinien oder das Aufkaufen von Anleihen von Eurostaaten am Primärmarkt. Unverändert bleibt: Hilfe gibt es nur bei einer Gefährdung der Finanzstabilität der Eurozone insgesamt und nur im Gegenzug für ein striktes finanz- und wirtschaftspolitisches Reformprogramm. Mit dem Änderungsgesetz zum StabMechG werden die Beschlüsse der europäischen Staats- und Regierungschefs zur Ertüchtigung und weiteren Flexibilisierung des Rettungsschirms EFSF vom 11. März 2011 und 21. Juli 2011 in nationales Recht umgesetzt. Die Beteiligungsrechte des Parlamentes werden wir selbst regeln, wenn wir im Zuge des parlamentarischen Verfahrens einen eigenen Änderungsantrag einbringen.

2. Bundeshaushalt 2012 steht im Zeichen der Konsolidierung

Mit dem Entwurf des Bundeshaushaltes 2012 zeigt die christlich-liberale Koalition, dass sie die Haushaltskonsolidierung weiter erfolgreich vorantreibt. Beim Abbau der Neuverschuldung schreiten wir mit großen Schritten voran. Die Nettokreditaufnahme liegt im Jahr 2012 mit 27,2 Mrd. € um rund 13 Mrd. € unter den Annahmen des bisherigen Finanzplans und um 4,3 Mrd. € unter den Eckwerten von März 2011. Dabei sind alle absehbaren Zusatzbelastungen wie die Kosten der Energiewende, ein steigendes Zinsniveau, die deutsche Beteiligung am Europäischen Stabilisierungsmechanismus und die Entscheidungen im Rahmen der Strukturreform der Bundeswehr bereits eingeplant. Trotz der neuen Herausforderungen liegt die jahresdurchschnittliche Ausgabensteigerung in den Jahren 2011 bis 2015 mit 0,7 Prozent immer noch auf sehr niedrigem Niveau. In den Jahren 2012 bis 2014 unterschreitet die Neuverschuldung in der Summe den bislang geltenden Finanzrahmen um 25 Mrd. €. Dieser Erfolg ist insbesondere auf das im letzten Jahr geschnürte Zukunftspaket mit dem Haushaltsbegleitgesetz zurückzuführen, mit dem der Grundstein für die nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushalts zur Einhaltung der Schuldenregel gelegt worden ist. Auch spiegelt sich im Haushalt 2012 wider, dass die Koalition in der Finanz- und Wirtschaftskrise die richtigen Entscheidungen getroffen hat und Deutschland gestärkt aus der Krise herausgekommen ist. Unser Ziel ist es, ab 2016 einen nach den Regeln der Schuldenbremse ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Den bis dahin noch langen Weg gehen wir mit dem Bundeshaushalt 2012 konsequent fort. Damit beträgt die Steigerung des Haushaltes gegenüber des Vorjahres lediglich 0,1%. Die Konsolidierungsmaßnahmen der Bundesregierung haben die Senkung von Ausgaben von rund 3 Mrd. Euro ermöglicht.

Eckwerte für den Bundeshaushalt im Jahr 2012



Quelle: Bundesministerium der Finanzen

3. Deutlicher Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit

Deutschland verzeichnet zum ersten Mal nach einer Wirtschaftskrise auch einen deutlichen Rückgang der Langzeitarbeitslosigkeit. Insbesondere für die Menschen, die bislang auf dem Arbeitsmarkt geringe Chancen hatten, ist das ein großartiger Erfolg. Im August lebten 4,571 Mio. erwerbsfähige Leistungsberechtigte gemeinsam mit 1,725 Mio. nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (dies sind vor allem Kinder) in rund 3,4 Mio. Bedarfsgemeinschaften. Im August 2011 waren 9,7 Prozent der in Deutschland lebenden Personen unter 65 Jahren hilfebedürftig. Die Hilfequote lag um 0,6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die hochgerechnete Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ist damit im August erneut erkennbar zurückgegangen. Saisonbereinigt errechnet sich eine Abnahme um 36.000, nach jeweils -21.000 im Juli und Juni. Im Vergleich zum Vorjahr ist ihre Zahl im August um 299.000 gesunken, nach -285.000 im Juli und -295.000 im Juni. Im Vergleich zum Vorjahresmonat hat sich die Zahl der leistungsberechtigten Personen insgesamt um sechs Prozent (-389.000) auf 6,295 Mio. reduziert. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften hat um 5% (-173.000) abgenommen.

4. Steigende Löhne – Aufschwung kommt bei den Arbeitnehmern an

Die wirtschaftliche Erholung schlägt sich inzwischen deutlich in den Tarifabschlüssen nieder. Hatte im vergangenen Jahr noch viele Tarifvertragsparteien aus Unsicherheit über die zukünftige konjunkturelle Entwicklung Einmalzahlungen vereinbart, die bei zukünftigen prozentualen Erhöhungen keine Berücksichtigung finden, lagen im ersten Halbjahr 2011 zahlreiche Tariferhöhungen bei drei Prozent und mehr. So erhielten die Beschäftigten in der Chemischen Industrie im Frühjahr eine Tarifierhebung um 4,1%. Im Bauhauptgewerbe wurde durch Schlichtung für den Westen eine Tarifierhebung um 3% ab 1. Mai 2011 erzielt. Darüber hinaus wurde eine Stufenerhöhung von 2,3% ab 1. Juni 2012 beschlossen. Die neu abgeschlossenen Tarifverträge im Einzelhandel sowie im Groß- und Außenhandel sehen jeweils Tarifsteigerungen von 3% im ersten Halbjahr 2011 und Stufenerhöhungen für 2012 vor. Im öffentlichen Dienst der Länder stiegen die Tarifverdienste ab 1. April 2011 um 1,5% und werden ab 1. Januar 2012 um weitere 1,9% sowie zusätzlich um einen Sockelbetrag von 17 Euro erhöht. Der zurzeit geltende Abschluss für den öffentlichen Dienst bei Bund und Gemeinden ist bereits seit Januar 2010 in Kraft. Er sieht eine Tarifierhebung um 0,6% ab 1. Januar 2011 und um 0,5% ab 1. August 2011 sowie eine Einmalzahlung von 240 Euro vor. Auch die Tarifierhöhungen in der Metall- und Elektroindustrie (2,7% ab 1. April 2011), im Bankgewerbe (1,6% ab 1. Januar 2011) sowie der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft (drei Prozent ab 1. Januar 2011) waren bereits 2010 vereinbart worden.

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emilienstraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de

5. Arbeitsmarkt gefestigt

Die Erwerbstätigkeit und die Erwerbslosigkeit in Deutschland entwickelten sich auch im Juli 2011 im Vorjahresvergleich weiter günstig. So lag die Zahl der Erwerbstätigen mit einem Wohnort in Deutschland mit gut 41 Millionen Personen um über eine halbe Million höher als noch vor einem Jahr. Die bereinigte Erwerbslosenquote lag im Juli 2011 bei 6,1% und blieb damit gegenüber dem Vormonat unverändert. Im Vergleich zum Juli 2010 ist sie um 0,9 Prozentpunkte gesunken. Nach vorläufigen Ergebnissen der Erwerbstätigenrechnung stieg im Juli 2011 die Erwerbstätigenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat Juli 2010 um 561 000 Personen oder 1,4%. Die Zahl der Erwerbslosen betrug im Juli 2011 2,58 Millionen Personen, das waren rund 300.000 weniger als im Juli 2010 (-10,4%).

7. Caesar: Luftqualität verbessern, Gesundheitsrisiken senken

Laut der Weltgesundheitsorganisation sterben in Deutschland jährlich ca. 70.000 Menschen an den Belastungen von Feinstaub, europaweit sind es eine halbe Million Menschen. Die Hauptursache der Feinstaubbelastungen liegt bei den älteren Dieselfahrzeugen. „Wir müssen uns dieser Problematik stellen, um Gesundheitsrisiken zu senken“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Cajus Caesar. Vor diesem Hintergrund will die Union das im März 2011 beendete Programm zur Nachrüstung von Diesel-Partikelfiltern wieder aufnehmen. Mit Unterstützung von Caesar wurde das Thema auf Initiative der Union in den letzten Wochen mit der Koalition und dem Umweltministerium beraten. Diese Problematik wurde auch während der letzten Klausurtagung der Arbeitsgruppe für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion thematisiert. Als Ergebnis wird die Filternachrüstung ab 1.1.2012 für Dieselfahrzeuge und leichte Nutzfahrzeuge wieder möglich sein. Caesar: „Ich bin froh, dass wir eine Einigung finden konnten und damit einen Beitrag zur Verbesserung der Luftqualität leisten. Zudem konnten wir verhindern, dass immer wieder neue Umweltzonen mit unterschiedlichen Regelungen eingeführt werden. Dadurch schaffen wir bessere Übersicht und mehr Transparenz“. Für das Jahr 2012 sollen Mittel zur Filternachrüstung für ca. 100.000 PKW und 20.000 leichte Nutzfahrzeuge zur Verfügung stehen. Insgesamt geht es dabei um einen Bedarf von ca. 40-50 Millionen Euro. Somit soll ein PKW mit 330 Euro und ein Nutzfahrzeug mit 660 Euro gefördert werden. Ein Teil der Mittel wird aus Haushaltsresten des Marktanzreizprogrammes (MAP) für 2011 kommen und nach 2012 übertragen. Die restlichen Mittel sollen aus dem Gesamthaushalt abgedeckt werden. In den derzeit laufenden Haushaltsberatungen werden die gesetzgeberischen Fragen geklärt und vorangetrieben. „Aus meiner Sicht ist es wichtig, den genaueren Rahmen für die geplante Förderung so schnell wie möglich zu klären. Denn von einer besseren Luftqualität profitieren wir alle“, fügt Caesar hinzu.



Mit freundlichen Grüßen

Ihr Cajus Caesar

Berlin: Platz der Republik 1, 11011 Berlin, Tel.: (030) 227 – 77 128, Fax.: (030) 227 – 76 196

cajus.caesar@bundestag.de

Wahlkreisanschrift: Emiliestraße 12, 32756 Detmold, Tel.: (0 52 31) 92 49 60, Fax.: (0 52 31) 92 49 92

cajus.caesar@wk.bundestag.de

www.cajuscaesar.de